Gemeinderat

Protokoll Nr. 9/2014

Datum	Donnerstag, 18. Dezember 2014
Dauer	14:00 - 19:05 Uhr

Anwesend

Präsident	Dr. Dominik Infanger	
Mitglieder	Romano Cahannes	Dr. Carla Maissen
	Rita Cavegn Hänni	Anita Mazzetta
	Mario Cortesi	Adrian J. Meier
	Guido Decurtins	Dr. Jean-Pierre Menge
	Christian Durisch	Dr. Hans Martin Meuli
	Tina Gartmann-Albin	Beath Nay
	Stefan Grass	Dr. Giancarlo Sala
	Oliver Hohl	Michael Trepp
	Dr. Jürg Kappeler	Susanne von Rechenberg
	Franco Lurati	Martha Widmer-Spreiter
Stadtrat	Stadtpräsident Urs Marti	
	Stadträtin Doris Caviezel-Hidber	
	Stadtrat Tom Leibundgut	
Protokoll	Stadtschreiber Markus Frauenfelder	

Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 20. November 2014

2. Botschaft Budget 2015 / GPK-Bericht Stadt Chur
   Teuerungsausgleich für das Jahr 2015 / Stellungnahme zu den Änderungsanträgen der GPK zum Budget 2015

3. Botschaft Aufgaben- und Leistungsüberprüfung "ALÜ 2.0"; Bericht zum Stand der Arbeiten Dezember 2014

4. IBC Energie Wasser Chur; Budget 2015 (Kenntnisnahme)

5. Botschaft Abänderung Modell "28 plus 2" - Neuorganisation Hausaufgabenbetreuung

6. Interpellation Tina Gartmann-Albin und Mitunterzeichnende betreffend Zweitwohnungen in Chur; Antwort

7. Fragestunde gemäss Art. 61 Geschäftsordnung (bei Bedarf)

8. Wahl des Präsidiums 2015

9. Wahl des Vizepräsidiums 2015

1. Protokoll der Sitzung vom 20. November 2014

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt.

2. Botschaft Budget 2015 / GPK-Bericht Stadt Chur Teuerungsausgleich für das Jahr 2015 / Stellungnahme zu den Änderungsanträgen der GPK zum Budget 2015

Antrag

1. *Das Budget für das Jahr 2015 mit Aufwendungen von Fr. 240'708'600.-- und Erträgen von Fr. 240'712'000.-- sowie einem Gewinn von Fr. 3'400.-- wird genehmigt.*
2. *Der Steuerfuss für das Jahr 2015 beträgt neu 91.2 % der einfachen Kantonssteuer (bisher 90 %).*
3. *Die Nettoinvestitionen für das Jahr 2015 betragen Fr. 23'884'000.--.*
4. *Der Stellenplan für das Jahr 2015 beträgt 63'344 Soll-Stellenprozente (ohne die Gewerbliche Berufsschule Chur (GBC) und das Amt für Telematik).*
5. *Die Feuerwehrpflichtersatzabgabe für das Jahr 2015 beträgt unverändert Fr. 90.--.*

Mit Bericht vom 25. November 2014 zum Budget 2015 beantragt die Geschäftsprüfungskommission (GPK):

1. *Das Budget 2015 der Stadt Chur inklusive Stellenplan unter Berücksichtigung der beantragten Korrekturen zu genehmigen.*
2. *Die Nettoinvestitionen auf 21.9 Mio. Franken zu plafonieren.*

Mit Beschluss vom 8. Dezember 2014 (SRB.2014.747) beantragt der Stadtrat:

1. *Die städtischen Gehälter sowie der Ausgleich für die Rentenbeziehenden bleiben auf dem Stand der Lohntabelle 2009.*
2. *Unter Berücksichtigung der gemäss GPK-Bericht vorgeschlagenen Korrekturen, jedoch ohne die in dieser Ziffer beantragten Änderungen, ergibt sich bei einem Aufwand von Fr. 238'673'300.-- und einem Ertrag von Fr. 239'592'600.-- ein Gesamtergebnis (Gewinn) von Fr. 919'300.--. Daraus resultieren ein Finanzierungsfehlbetrag von Fr. 6'065'500.-- und ein Selbstfinanzierungsgrad von 72.2 %.*

Der Stadtrat beantragt, folgende Anträge der GPK abzulehnen bzw. das Budget 2015 zu ergänzen:

Erfolgsrechnung

Konto 3110.01, Stadtkanzlei (Seite 15), "Anschaffung Büromöbel und -geräte": (- Fr. 15'000.--)

Konto 3130.01, Sportanlagen (Seite 20), "Dienstleistungen Dritter": (- Fr. 10'000.--)

Konto 3150.06, Sportanlagen (Seite 20), "Übriger Unterhalt": (- Fr. 57'600.--)

Konto 3131.13, Liegenschaftenverwaltung (Seite 25), "Planungen und Gutachten": (- Fr. 280'000.--)

Konto 3140.14, Liegenschaftenverwaltung (Seite 26), "Baulicher Unterhalt Liegenschaften": (- Fr. 260'800.--)

Konto 3430.01, Liegenschaftenverwaltung (Seite 26), "Baulicher Unterhalt Liegenschaften FV": (- Fr. 132'100.--)

Konto 3636.75, Sportfachstelle (Seite 42), "Projektbeiträge zu Lasten Fondskonto": (- Fr. 60'000.--)

Konto 3110.01, Soziale Dienste (Seite 43), "Anschaffung Büromöbel und -geräte": (- Fr. 12'000.--)

Konto 3612.00, Soziale Dienste (Seite 44), "Stationäre Pflegefinanzierung": (+ Fr. 1.38 Mio.)

Konto 3636.00, Soziale Dienste (Seite 44), "Ambulante Pflegefinanzierung": (+ Fr. 55'000.--)

Konto 3131.01, Stadtentwicklung (Seite 61), "Honorare Ingenieure/Architekten": (- Fr. 150'000.--)

Aufgrund des positiven Ausgangs der Volksabstimmung vom 30. November 2014 sollten noch folgende Positionen in der Erfolgsrechnung berücksichtigt werden:

- *Teilrevision des Steuergesetzes, Erhöhung Steuersatz der Handänderungssteuern, bei einer Umsetzung ab 1. Januar 2015 (Mehreinnahmen Fr. 1'000'000.--).*
- *Pensionsversicherung, Änderung der Arbeitgeber-/Arbeitnehmer-Beiträge von 60 % : 40 % auf 50 % : 50 %, Umsetzung ab 1. Januar 2015 mit Abfederung der Massnahme über 10 Jahre, jährliche Reduktion von 10 % (Minderausgaben Fr. 127'000.--).*
- *Einführung einer teilweisen Gebührenpflicht für die Parkplätze Obere Au, Umsetzung ab 1. Mai 2015 (Mehreinnahmen Fr. 300'000.--).*

Aufgrund des Beschlusses des Gemeinderates vom 20. November 2014 sollte zudem noch folgende Position in der Erfolgsrechnung ergänzt werden:

Konto 3636.38, "Bibliotheken" (Budgetentwurf Seite 39) (Mehrausgaben + Fr. 180'000.--)

Investitionsrechnung

Konto 72.5010.01, Erschliessung Baulandparzelle Rossboden Nord, + Fr. 700'000.--

Stellenplan

Aufstockung Finanzielle Leistungen, Soziale Dienste + 230 %

Das Stellenplan-Soll beträgt damit 63'344 % und nicht wie von der GPK beantragt 63'114 %. Entsprechend ist der Korrektur-Antrag der GPK abzulehnen.

Übrige Anträge der GPK (gemäss GPK-Bericht vom 25. November 2014, Abschnitt 6, Seite 10)

Erfolgsrechnung 40.3100.19 Lehrmittel
Antrag GPK: Für die Beschaffung von Büromaterialien der ganzen Stadt sollen preiswertere - und nach Möglichkeit kommunal präsente - Anbieter als die DMZ des Kantons gefunden werden. Bei einem Vergleich zwischen einem privaten Anbieter und der DMZ hat alleine die Stadtschule bei Markenartikeln eine Preisdifferenz von CHF 12'000 bei einem Umsatz von rund CHF 168'000 festgestellt. Das Einsparungspotential entspricht rund 7 %. Mit der internen Verpflichtung, vermehrt Nicht-Markenartikel zu kaufen, könnte man die Einkaufskosten nochmals senken. Zu überprüfen wäre, ob die No-Name-Produkte den Anforderungen genügen. Dies jedoch unabhängig davon, ob man bei einem privaten Anbieter oder bei der DMZ einkaufen würde.

Erfolgsrechnung 40.4630.01 Bundesbeiträge
Antrag GPK: Die Ausgaben für Klassenreisen (Kto. 3171.02 i.V.m. den Beiträgen unter Kto. 4630.01 und 4631.03) sollen spätestens ab Budget 2016 netto maximal CHF 120'000 kosten. Für die Erhöhung bei den Schulreisen soll ein Konzept erarbeitet werden, welches sowohl mehr Beiträge für Klassenlager seitens J+S (Sportlager) als auch vom Kanton (für das Abhalten von Lagern in fremdsprachigen Regionen des Kantons; Sprachaustauschlager) generiert. Zudem sollen die Unterkünfte der Ferienkolonie häufiger genutzt werden.

Erfolgsrechnung 52.3636.75 Projektbeiträge zu Lasten Fondskonto
Antrag GPK: Die GPK beantragt, diese Mittel als Kompensation für die Kürzung bei der ausserschulischen Musikerziehung zu verwenden.

Für die Behandlung dieses Geschäfts nehmen Georg **Flepp** und Peter **Guidali** von der Finanz- und Liegenschaftenverwaltung Einsitz.

ALLGEMEINE DISKUSSION

Die Erfolgsrechnung 2015 sei mehr oder weniger ausgeglichen, führt **GPK-Präsident** Cahannes aus, sie werde aber aufgrund gebundener Ausgaben eher im roten Bereich abschliessen. Ein düsteres Bild zeige die Investitionsrechnung, wo ein Fehlbetrag von 6 Mio. Franken resultiere. Es seien grösste Anstrengungen erforderlich, um das Ungleichgewicht wieder ins Lot zu bringen. Schulden machen möge momentan unproblematisch sein, funktioniere aber auf die Länge nicht.

In der allgemeinen Diskussion zum Budget 2015 wird die "schwarze Null" positiv erwähnt und auf die getätigten Sparanstrengungen zurückgeführt. Die Aussage des Stadtrates am Ende seiner Botschaft, es seien für die Investitionstätigkeit Mehreinnahmen nötig, wird kritisch hinterfragt, da der finanzwirksame Aufwand gestiegen sei, seien weiterhin Sparmassnahmen erforderlich. Die Resultate der Volksabstimmung vom 30. November 2014 führen aber auch zur Interpretation, dass das Volk ein sozialverträgliches Sparen wolle. Die Anspruchshaltung gegenüber der Stadt müsse im Zaun gehalten werden, und weiteres Sparpotenzial erhofft man sich im Überprüfen von Standards und Organisationsabläufen. Ebenfalls Handlungsbedarf wird bei den Spezialfinanzierungen geortet, wo heute eine unzureichende Transparenz bestehe.

Der **Stadtpräsident** erläutert nochmals das Sparkonzept des Stadtrates: mit Sparmassnahmen die Erfolgsrechnung ins Lot bringen, mit Mehreinnahmen die Investitionen selbst finanzieren und damit die Neuverschuldung stoppen. So sei auch der Schlusssatz in der Botschaft zu verstehen. Das Budget weise eine schwarze Null aus, doch bestehe nach wie vor ein erhebliches Finanzierungsdefizit bei den Investitionen. Immerhin sei aber die Erfolgsrechnung von Budget zu Budget um 5.2 Mio. Franken verbessert worden. Das laufende Jahr werde sicher besser als budgetiert abschliessen. Es treffe zu, dass die Rahmenbe-

dingungen positiv seien, so habe etwa der Zinsendienst halbiert werden können. Der Botschaft könne aber auch entnommen werden, dass der Anteil gebundener Ausgaben sehr gross sei, entsprechend seien die Sparmöglichkeiten beschränkt. Die Volksabstimmung vom 30. November 2014 wirke sich mit + 1.4 Mio. Franken auf das Budget aus. Frustrierend sei aber, dass dieser positive Effekt durch einen Anstieg gebundener Ausgaben bei der Pflegefinanzierung praktisch wieder kompensiert werde.

GPK-BERICHT (seitenweise Beratung)

Anträge der GPK, die nicht bestritten sind, gelten als genehmigt.

LAUFENDE RECHNUNG

BEHÖRDEN

3637.11, Freier Kredit des Stadtrates (Stadtrat)

Kappeler wendet sich gegen den Antrag der GPK und begründet dies mit der Eröffnung des Christkindlimarkts. Solche Veranstaltungen müssten professionell durchgeführt werden, was entsprechende Mittel erfordere. Der **Stadtpräsident** teilt diese Ansicht, doch wolle der Stadtrat nicht über geringfügige Beträge streiten. Der Freie Kredit sei in der Tat zu tief.

Abstimmung:

Der Antrag der GPK wird mit 20 Stimmen zu 1 Stimme genehmigt.

DEPARTEMENT 1

3110.01, Anschaffung Büromöbel und -geräte (Stadtkanzlei)

Der **Stadtpräsident** wendet sich gegen den Antrag, weil es um die Erfüllung feuerpolizeilicher Auflagen gehe. **Nay** wendet ein, das Sicherheitsbedürfnis werde anerkannt, doch bestehe im Rathaus gar keine Lagermöglichkeit. Deshalb solle mit der bisherigen Lösung weitergefahren werden.

Abstimmung:

Der Antrag der GPK wird mit 18 zu 1 Stimme bei 2 Enthaltungen angenommen.

4240.01, Entschädigung SO-Print (Amtsblatt) (Stadtkanzlei)

Menge spricht zum Abonnementspreis für das Amtsblatt. Dieser schlage von bisher 25.-- auf neu 35.-- Franken auf, nachdem dieser "seit Jahren" gleich geblieben sei. Diese Aussage sei nicht richtig, zudem ziehe er eine Steuererhöhung vor. Der **Stadtpräsident** erwidert, dass der Preisaufschlag zwar hoch sei, das Amtsblatt im Quervergleich aber immer noch sehr günstig sei. Zudem habe sich die Stadt so jährliche Einnahmen von 50'000 Franken sichern können.

3190.05, Ausstellungen (Stadtarchiv)

Decurtins wendet sich gegen die Streichung des Betrags, weil ein konkretes Projekt vorliege. Er verweist zudem auf die grosse historische Bedeutung der Zünfte. Die Kosten für das Projekt seien zudem bescheiden. **Nay** anerkennt die grossen Leistungen der Zünfte, doch habe man 1965 das 500 Jahr-Jubiläum gefeiert. Die Zünfte müssten sich ebenfalls beteiligen, zudem sei ein Sponsoring zu prüfen. Der **Stadtpräsident** führt aus, die Ausstellung solle das Bewusstsein für die Geschichte der Stadt schärfen, und deshalb solle im Rahmen der Higa eine Sonderausstellung gemacht werden. Zudem bringe die Higa Gäste nach Chur, weshalb eine attraktive Ausstellung auch im Interesse der Wirtschaftsförderung stehe.

Abstimmung:

Der Antrag der GPK wird mit 15 zu 6 Stimmen angenommen.

3130.01, Dienstleistungen Dritter (Sportanlagen)
3150.06, Übriger Unterhalt (Sportanlagen)

Der **Stadtpräsident** wendet sich gegen diese beiden Kürzungsanträge. Zwar ziehe er Pauschal- den Detailkürzungen vor, doch müssten die Anlagen gut unterhalten werden, etwa in dem Umfang, in dem sie abgeschrieben würden. Er stelle die Anträge auch in den Kontext der von der GPK angeregten Preiserhöhung bei den Sportanlagen, doch dann müssten die Anlagen erst recht gut unterhalten werden. Die Aussagen stossen auf Verständnis, doch beruft sich die GPK einerseits auf die Weisung des Stadtpräsidenten zum Budget, zum an-

deren wird ein umfassendes Konzept erwartet. Zudem könnten in dringenden Fällen Nachtragskredite bewilligt werden.

Abstimmungen:

Der Antrag der GPK zu 3130.01 wird mit 19 zu 2 Stimmen angenommen.
Der Antrag der GPK zu 3150.06 wird mit 18 zu 3 Stimmen angenommen.

3131.13, Planungen und Gutachten (Liegenschaftenverwaltung)

Der **Stadtpräsident** führt aus, um Projekte voranzubringen, seien externe Ressourcen notwendig. Zu bedenken sei auch, dass solche Planungen in der Regel zu Mehreinnahmen führten. Der Stadtrat wolle zudem Planungen vermeiden, die letztlich politisch nicht auf Akzeptanz stossen. **Hohl** würde eine Botschaft mit entsprechenden brachliegenden Projekten begrüssen. Im weiteren wird gefordert, die Stadt solle mehr hausintern machen. Der **GPK-Präsident** führt aus, sie wollten den Handlungsspielraum nicht einschränken. Wenn Projekte die Stadt weiterbrächten, könne der Weg des Nachtragskredits beschritten werden.

Abstimmung:

Der Antrag der GPK wird mit 18 zu 3 Stimmen angenommen.

3140.14, Baulicher Unterhalt Liegenschaften (Liegenschaftenverwaltung)
3430.01, Baulicher Unterhalt Liegenschaften FV (Liegenschaftenverwaltung)

Der gekürzte Betrag entspreche jenem des Budgets 2014, doch ist anerkannt, dass er unter dem Soll liegt.

Abstimmungen:

Der Antrag der GPK zu 3140.14 wird mit 17 zu 4 Stimmen angenommen.
Der Antrag der GPK zu 3430.01 wird mit 17 zu 4 Stimmen angenommen.

4000.00, Einkommenssteuern (Steuerverwaltung)

Frau **Gartmann** stellt wie der Stadtrat keinen Gegenantrag, wendet sich aber gegen den Antrag der GPK, die Steuerfusserhöhung von 1.2 % abzulehnen. Sie verstehe zudem die Begründung mit HRM2 nicht, denn dies bringe nicht mehr Geld in die Kasse. Der **GPK-**

Präsident erwidert, die GPK kenne die Konsequenzen ebenfalls nicht und wolle deshalb zuwarten.

3110.16, Anschaffung Fahrzeuge (Stadtpolizei)

Der **Stadtpräsident** führt aus, die Wahrscheinlichkeit, dass dieses Fahrzeug sofort ersetzt werden müsse, liege bei 100 %. **GPK-Präsident** Cahannes **zieht** den Antrag der GPK **zurück**.

DEPARTEMENT 2

3100.19, Lehrmittel (Stadtschule)

Die GPK beantragt, eine Neuausschreibung der Büromaterialbeschaffung durchzuführen. **Trepp** bemerkt hiezu, es sei dabei nicht nur auf den Preis zu achten, sondern z.B. auch ökologische Kriterien zu berücksichtigen.

3636.75, Projektbeiträge zu Lasten Fondskonto (Freiwilliger Schulsport) (Sportfachstelle)

Die GPK wendet sich gegen die Schaffung neuer Angebote. Der Nachlass solle für bestehende Angebote in Übereinstimmung mit dem Willen des Erblassers verwendet werden. Frau **Widmer** führt aus, alle seien für den Sport, nur unterstützen wolle ihn niemand. Man müsse sich fragen, was die Sportfachstelle nütze, wenn ihr die Mittel gestrichen würden. **Stadträtin Doris Caviezel-Hidber** führt aus, die Abklärungen mit dem Rechtskonsulenten hätten ergeben, dass die Zuständigkeit für die Verwendung des Legats beim Stadtrat liege. Die Verwendung sei im Sinne des Erblassers. Entsprechend habe der Stadtrat entschieden, dass der freiwillige Jugendsport gefördert werden solle; das Angebot sei dank des Legats bis ins Jahr 2020 kostenneutral. Danach werde dem Gemeinderat eine Botschaft unterbreitet. **Cahannes** erläutert den Unterschied zwischen einem Legat bzw. Vermächtnis und einer Erbschaft. August Graber habe die Stadt zu ¼ als Erbin eingesetzt, was nicht dasselbe wie ein Vermächtnis sei. Durch die Erbenstellung unterliege die Stadt der Universalsukzession. Vorliegend handle es sich um eine Erbschaft und nicht um ein Vermächtnis. Der Vorschlag des Stadtrates respektiere den Willen des Erblassers nicht. Nun schaffe der Stadtrat trotz Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2.0 ein neues Angebot. Die Vorlage spiegle das

politische Verantwortungsbewusstsein für die Belange von Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2.0. Die Vorsteherin des Departements 2 bringe keine mehrheitsfähigen Vorschläge zu ALÜ 2.0, was gegenüber ihren beiden Kollegen und den Mitarbeitenden ein Affront sei. Sie untergrabe damit die Aufträge des Gemeinderates.

Zwei Mitglieder der GPK distanzieren sich von den Aussagen ihres Präsidenten, der jedoch seine persönliche Meinung kundtat. Der Stadträtin attestieren sie, ALÜ 2.0 ernst zu nehmen. Über die Mehrausgaben könne in fünf Jahren befunden werden.

Stadträtin Doris Caviezel-Hidber führt aus, man starte mit einem Angebot für Mädchen, doch sei das Ziel ein flächendeckendes Angebot. Der Aufbau bringe mehr Aufwand mit sich als der Betrieb. Die Unterstellungen von Cahannes weise sie zurück, und alle Botschaften seien durch den Stadtrat verabschiedet worden. Das Anliegen sei gemäss städtischem sportpolitischen Konzept, kantonalem Sportförderungsgesetz sowie der Studie "Sport in Graubünden" ausgewiesen; entsprechend werde es durch den Kanton unterstützt. Die Bevölkerung sei auch bereit, dafür mehr zu bezahlen.

- **Antrag** Widmer

  "Die Fr. 60'000.-- werden zur Hälfte der Sportförderung und zur Hälfte der ausserschulischen Musikerziehung zugesprochen."

Abstimmungen:

- Der Kürzungsantrag der GPK wird mit 12 zu 9 Stimmen angenommen.

- Der Antrag der GPK betreffend Verwendung des Nachlasses zugunsten der ausserschulischen Musikerziehung wird mit 12 zu 5 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.
- Der Antrag Widmer wird mit 11 zu 4 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Damit sind beide Anträge angenommen.

- Der Antrag der GPK wird mit 10 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.
- Der Antrag Widmer wird mit 11 zu 10 Stimmen **angenommen.**

Stadträtin Doris Caviezel-Hidber führt aus, mangels Zuständigkeit des Gemeinderates handle es sich vorliegend um einen **nichtig**en Beschluss.

DEPARTEMENT 3

3131.01, Honorare Ingenieure/Architekten

Stadtrat **Leibundgut** zählt die Projekte auf, die von der Streichung betroffen sind. Um Nachtragskredite zu vermeiden, sollte das Budget deshalb belassen werden.

Abstimmung:

Der Antrag der GPK wird mit 15 zu 6 Stimmen genehmigt.

INVESTITIONSRECHNUNG

5060.01, Obere Au, Ersatz Rutschbahn Hallenbad (Sportanlagen)

Lurati findet, es sei höchste Zeit, im Sinne eines Bekenntnisses zum Sport vorwärts zu machen und den Worten Taten folgen zu lassen. Die FDP werde den Kürzungsanträgen noch ein letztes Mal zustimmen. **Hohl** erwidert, die GPK wolle ein Gesamtkonzept. Der **Stadtpräsident** führt aus, Abklärungen hätten ergeben, dass mit der Deckensanierung ein Jahr zugewartet werden könne. Die Steuererhöhung sei mit entsprechenden Investitionen verknüpft.

5040.01, ALST, Sanierung (Stadtkanzlei)

Der **Stadtpräsident** führt aus, nachdem der Kanton gewisse Investitionen in den Unterhalt bereits getätigt habe, könne dieser Betrag ersatzlos gestrichen werden.

5040.01, Obere Au, Toilettenanlage Traglufthalle (Sportanlagen)

Auf die Frage von Frau **Widmer** führt der **Stadtpräsident** aus, die WC-Anlage bilde Bestandteil des Gesamtkonzepts. Das Kunstrasenfeld sei nicht wie vorgesehen möglich; der Stadtrat suche nach Alternativen.

72.5010.01, Erschliessung Baulandparzellen Rossboden Nord, + 700‘000 Franken (NEU)

Die Investitionsrechnung soll um diese Position ergänzt werden. Stadtrat **Leibundgut** führt aus, der Stadtrat wolle dieses Gebiet entwickeln und Land im Baurecht abgeben. Die neue Parzellierung führe dazu, rascher in die Erschliessung investiert werden müsse.

Cahannes tritt in den Ausstand und verlässt den Raum.

Zur Überbindung der Kosten auf die Landbesitzer/innen wird auf das Perimeterverfahren hingewiesen. Der **Stadtpräsident** führt aus, mit zwei Interessenten stünden die Verhandlungen kurz vor Abschluss. Der **Gemeinderatspräsident** stellt fest, dass beim vorliegenden Vorhaben der Budgetprozess nicht eingehalten worden sei, denn die GPK habe von nichts gewusst. Für die Aufnahme des Vorhabens wird angeführt, dass konkrete Investoren vorhanden seien, und die Abgabe des Landes führe zu Einnahmen.

Abstimmung:

Die Ergänzung der Investitionsrechnung um das Vorhaben 72.5010.01, Erschliessung Baulandparzellen Rossboden Nord, + 700'000 Franken, wird mit 19 Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

STELLENPLAN

Finanzelle Leistungen (Soziale Dienste)

Der Stadtrat beantragt eine Erhöhung des Stellenplanbudgets der Abteilung Finanzielle Leistungen der Sozialen Dienste um 4.3 Vollzeitstellen. Die GPK beantragt eine Kürzung um 230 % auf 1'265 %. Sie begründet diese Kürzung in ihrem Bericht ausführlich. **Stadträtin Doris Caviezel-Hidber** hat dazu dem Gemeinderat vor der Sitzung eine ausführliche Stellungnahme zukommen lassen. Sie führt aus, die GPK habe ihren Antrag in Unkenntnis der vorübergehenden Pensenerhöhungen gestellt. Die Aufgaben der Sozialen Dienste hätten stark zugenommen. Werde die Aufstockung abgelehnt, könnten diverse Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden. Mit der nachgereichten Stellungnahme des Departements 2 hat sich der zuständige Referent der GPK befasst. Auf Unverständnis stösst, dass die GPK bei ihrem Dienststellenbesuch nicht umfassend informiert wurde. In der Folge geht der

GPK-Präsident detailliert auf die Stellungnahme des Departements 2 ein. Er bezeichnet die Argumentation als zu wenig substantiiert. Für die Aufstockung wird argumentiert, dass es zwar ein Fehler gewesen sei, nicht über die Pensenerhöhungen informiert zu haben. Doch sei ohne die Aufstockung ein Leistungsabbau unausweichlich. Es dürfe nicht sein, dass zusätzliche Aufgaben mit gleich vielen Stellenprozenten erledigt würden. Für den Antrag der GPK wird argumentiert, je näher jeweils die Gemeinderatssitzung rücke, desto desolater präsentiere sich jeweils eine Situation. Niemand könne aber die Aussagen verifizieren. **Stadträtin Doris Caviezel-Hidber** erwidert, die seit dem Besuch der GPK erfolgten Kündigungen seien im letzten Monat passiert und beträfen nicht Kadermitarbeitende, jedoch qualifizierte Sachbearbeitende.

Abstimmung:

Der Antrag der GPK wird mit 15 zu 6 Stimmen angenommen.

Debatte zum Steuerfuss für das Jahr 2015

Keine Wortmeldungen.

Abstimmungen:

- Die Erhöhung des Steuerfusses von 90 auf 91.2 % wird mit 17 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.
- Die Feuerwehrpflichtersatzabgabe für das Jahr 2015 beträgt unverändert Fr. 90.-- (einstimmig).

Schlussabstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird mit 17 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Das Budget für das Jahr 2015 mit Aufwendungen von Fr. 240'301'300.-- und Erträgen von Fr. 240'952'600.-- sowie einem Gewinn von Fr. 651'300.-- wird genehmigt.
2. Der Steuerfuss für das Jahr 2015 beträgt unverändert 90 % der einfachen Kantonssteuer.
3. Die Nettoinvestitionen für das Jahr 2015 betragen Fr. 22'264'000.--.

4. Der Stellenplan für das Jahr 2015 beträgt 63'114 Soll-Stellenprozente (ohne die Gewerbliche Berufsschule Chur (GBC) und das Amt für Telematik).

5. Die Feuerwehrpflichtersatzabgabe für das Jahr 2015 beträgt unverändert Fr. 90.--.

3. Botschaft Aufgaben- und Leistungsüberprüfung "ALÜ 2.0"; Bericht zum Stand der Arbeiten Dezember 2014

Antrag

Vom Zwischenbericht zum Stand der Arbeiten Dezember 2014 im Auftrag der GPK, vom Gemeinderat überwiesen am 20. Dezember 2012, betreffend Reduktion des finanzwirksamen Aufwands, Stand Voranschlag 2013, während der laufenden Legislatur um mindestens 5 %, wird Kenntnis genommen.

1 Wortmeldung.

Kenntnisnahme:

Vom Zwischenbericht zum Stand der Arbeiten Dezember 2014 im Auftrag der GPK, vom Gemeinderat überwiesen am 20. Dezember 2012, betreffend Reduktion des finanzwirksamen Aufwands, Stand Voranschlag 2013, während der laufenden Legislatur um mindestens 5 %, wird Kenntnis genommen.

4. IBC Energie Wasser Chur; Budget 2015 (Kenntnisnahme)

2 Wortmeldungen; ergänzende Ausführungen durch den **Stadtpräsidenten**.

Vom Budget 2015 der IBC Energie Wasser Chur wird Kenntnis genommen.

5. Botschaft Abänderung Modell "28 plus 2" - Neuorganisation Hausaufgabenbetreuung

Antrag

1. *Der an der Gemeinderatssitzung vom 12. Dezember 2013 überwiesene, von der GPK mit Bericht zum Voranschlag 2014 vom 20. November 2013 gestellte Antrag, das bisher praktizierte Modell "28 + 2" sei aufgrund der Anpassung der kantonalen Gesetzgebung auf "28 + 1" abzuändern, wird genehmigt.*
2. *Die Stadtschule Chur setzt den Auftrag auf das Schuljahr 2014/2015 um und führt die Hausaufgabenbetreuung gemäss dem vorgeschlagenen Systemwechsel weiter.*

Gemäss **Sala** darf die Präsenz der Lehrpersonen bei der Hausaufgabenhilfe nicht unterschätzt werden. Der beantragte Systemwechsel mit Hilfskräften sei eine reine Sparmassnahme, die eine beträchtliche Qualitätseinbusse nach sich ziehe. Er lehne die Änderung deshalb in dieser Form ab. Mit einer Rückweisung könnten Varianten wie z.B. ein reduzierter Stundenansatz für Lehrpersonen geprüft werden.

- **Antrag** Sala

  "Die Botschaft sei an den Stadtrat zurückzuweisen und die Hausaufgabenbetreuung sei weiterhin von ausgebildeten Lehrpersonen zu führen."

Die Debatte dreht sich im Folgenden um die Frage, welches die Funktion der Hausaufgabenbetreuung sei. Gegen den Antrag wird angeführt, es gehe um die Gewährleistung eines Rahmens, in welchem die Hausaufgaben erledigt werden könnten - die Eltern seien in der Regel ja auch keine ausgebildeten Lehrpersonen. Die Forderung nach Lehrpersonen zeuge von einer hohen Anspruchshaltung. Dafür werden primär qualitative Argumente angeführt.

Die Botschaft wird kritisiert, weil sie viele Fragen offen lasse, insbesondere in Bezug auf die Kindertagesstätten. Es sei deren Integration in die Stadtschule anzustreben, was zu Synergien führen werde. Die heute existierende Lösung mit den Lehrpersonen sei ein Luxus.

Stadträtin Doris Caviezel-Hidber führt aus, der Stadtrat habe den Auftrag erhalten, das bestehende Modell abzuändern; es habe keine weiter gehenden Instruktionen gegeben. Die Schuldirektion habe in der Folge die kostengünstigste Variante geprüft. Diese bringe gewisse Nachteile mit sich. Auch ein Einsatz der Kindertagesstätten sei geprüft worden, doch

müssten die Angestellten geschult werden, und auch in räumlicher Hinsicht böten sich Probleme. Die Abwägung von Vor- und Nachteilen habe zum Schluss geführt, dass für die Hausaufgabenbetreuung anderes Personal rekrutiert werden müsse. Der Berufsauftrag der Lehrpersonen sei zurzeit in Vernehmlassung, und es sei nicht üblich, dass Hausaufgabenbetreuung dazu gehöre; einen tieferen Stundenansatz erachte sie als unrealistisch. Letztlich hätten Kostenüberlegungen zum vorliegenden Vorschlag geführt. Auch die Idee, die Aufgabe mit freiwilligen Lehrpersonen zu erfüllen, sei in der Praxis schwer umsetzbar.

Abstimmung:

Der Rückweisungsantrag Sala wird mit 11 zu 10 Stimmen abgelehnt.

Schlussabstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird mit 14 zu 7 Stimmen wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Der an der Gemeinderatssitzung vom 12. Dezember 2013 überwiesene, von der GPK mit Bericht zum Voranschlag 2014 vom 20. November 2013 gestellte Antrag, das bisher praktizierte Modell "28 + 2" sei aufgrund der Anpassung der kantonalen Gesetzgebung auf "28 + 1" abzuändern, wird genehmigt.
2. Die Stadtschule Chur setzt den Auftrag auf das Schuljahr 2015/2016 um und führt die Hausaufgabenbetreuung gemäss dem vorgeschlagenen Systemwechsel weiter.

6. Interpellation Tina Gartmann-Albin und Mitunterzeichnende betreffend Zweitwohnungen in Chur; Antwort

Antwort des Stadtrates.

Die Interpellantin erklärt sich als von der Antwort des Stadtrates teilweise befriedigt.

7. Fragestunde gemäss Art. 61 Geschäftsordnung

Die Frage von Tina **Gartmann-Albin**, SP, betreffend Eigenmietwert wird durch den **Stadtpräsidenten** beantwortet.

8. Wahl des Präsidiums 2015

Christian **Durisch** (SVP) wird mit 17 Stimmen zum Gemeinderatspräsidenten gewählt.

9. Wahl des Vizepräsidiums 2015

Tina **Gartmann-Albin** (SP) wird mit 19 Stimmen zur Gemeinderatsvizepräsidentin gewählt.

Chur, 22. Dezember 2014

Der Stadtschreiber:

Markus Frauenfelder